

# KEINE AUSBEUTUNG MIT STEUERGELDERN!



Für eine **verantwortungsvolle** öffentliche Beschaffung



Bund, Länder und Kommunen in der Pflicht

## Wege aus der Hölle

Seit Jahren berichten die Medien über die Schattenseiten der Globalisierung und Profitmaximierung um jeden Preis. Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen sind Alltag in den Fabriken, Plantagen und Minen, die über den Globus verteilt für multinationale Unternehmen produzieren. Immer mehr KonsumentInnen sind daran interessiert, »saubere« Produkte zu kaufen – ohne Ausbeutung und Umweltzerstörung. Nur die größte, wichtigste Konsumentin im Lande interessiert sich nicht für den sozialen und ökologischen Hintergrund der von ihr beschafften Güter: die Öffentliche Hand.

»Made in Hell – 100% Ausbeutung« prangt auf Transparenten vor adidas-Filialen, »Kein Kaffee, an dem Blut klebt!«, fordern AktivistInnen in Einkaufspassagen, mit dem Slogan »Shell – go to hell!« gefährden UmweltaktivistInnen die Gewinne des Ölmultis.

Die jahrzehntelangen weltweiten Proteste gegen Ausbeutung und Umweltzerstörung durch multinationale Konzerne haben hektisches Treiben in den Chefetagen ausgelöst. Heute streitet kaum ein transnationaler Konzern seine soziale Verantwortung, die »Corporate Social Responsibility« (CSR), für sein Wirken im globalisierten Rahmen ab.

Doch trotz der schönen Reden von sozialer Unternehmensverantwortung: Vor Ort in den Fabriken, Plantagen und Minen hat sich kaum etwas geändert, nach wie vor sind Arbeitsrechtsverletzungen und Umweltgefährdung Alltag. Es fehlen umfassende Kontrollen und vor allem Regelungen in den jeweiligen Herstellerländern.

### Klare Regeln nötig

Der deutschen Bundesregierung kommt hierbei eine doppelte Verantwortung zu. Durch verantwortungsbewusste Beschaffung haben Kommunen, Länder und Bundesregierung die Möglichkeit, eine Vielzahl ökologischer und sozialer Politikziele zu fördern.

Ein Blick in die Geschichte zeigt: sozial verantwortliche Beschaffung war stets ein klassisches wirtschaftspolitisches Instrument, das die Öffentliche Hand zur Stützung ihrer Sozialpolitik nutzte. Beschäftigungsförderung und Stärkung der gemeinnützigen oder lokalen Wirtschaft waren früher typische Ziele öffentlicher Beschaffung. Allerdings haben globale Handelsliberalisierung und Deregulierung heute soziale Klauseln bei der öffentlichen Auftragsvergabe verdrängt.

Dabei ist der Handlungsbedarf immens. Es geht nicht nur darum zu verhindern, dass Menschen in Asien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa ausgebeutet werden, während sie direkt oder indirekt Produkte für die Öffentliche Hand herstellen. Auch die Einhaltung von Tarifverträgen in Deutschland, die Einstellung von Langzeitarbeitslosen und von Menschen mit Behinderungen oder der Einsatz schadstoffarmer Fahrzeuge sind im Interesse der Allgemeinheit.

Zudem hätte ein konsequentes Auftreten der BeschafferInnen auch Auswirkungen auf den gesamten Markt. Denn: Jeden sechsten Euro gibt die Öffentliche Hand aus.

Eine konzentrierte Nachfrage nach innovativen Produkten und Dienstleistungen mit garantierten sozialen und ökologischen Standards wird Unternehmen einen erheblichen finanziellen Anreiz bieten, ihre Zulieferer zu überprüfen, in Innovation zu investieren und ihre Beschäftigungspolitik zu überdenken. Auf lange Sicht kann dies dazu führen, dass Firmen nachhaltige Produkte und Dienste anbieten, die dann standardmäßig für alle KundInnen verfügbar sind.

### Erster Schritt jetzt

Doch statt eine Vorreiterrolle im Interesse der Allgemeinheit einzunehmen, haben es Bundestag und Bundesregierung bis heute versäumt, klare Regeln für eine verantwortungsvolle Beschaffung in Deutschland zu verabschieden.

Der erste Schritt wäre einfach: Die EU-Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe, die soziale und ökologische Kriterien ausdrücklich zulassen, müssen bei

der aktuellen Vergaberechtsreform verbindlich ins deutsche Recht übernommen werden. Andere Staaten – z.B. Spanien, Frankreich, Belgien und die Niederlande – haben gezeigt, dass dabei verantwortungsbewusste Vergaberegeln eingeführt werden können. Städte wie Düsseldorf und Neuss, die bereits umfassende soziale Kriterien beim Einkauf berücksichtigen, würden dadurch gestärkt und andere Kommunen und Länder ermuntert, dem Beispiel zu folgen.

Doch ohne öffentlichen Druck scheint die Bundesregierung nicht bereit zu sein, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Deshalb setzt sich das Corporate Accountability Netzwerk (mehr zu CorA: S. IV) als ein breites Bündnis von umwelt-, entwicklungs-, verbraucher- und menschenrechtspolitischen Gruppen sowie Gewerkschaften für ein anderes, gesellschaftlich verantwortungsbewusstes Beschaffungswesen ein und fordert die Regierungsparteien zum Handeln auf.

PETER FUCHS (WEED)  
THOMAS KRÄMER-BROSCHKEIT (CIR)

### Gift, Kinderarbeit, Ausbeutung...

Was die Öffentliche Hand so einkauft:

- **Arbeitsbekleidung** S. II
- **Computer** S. II
- **Spielzeug** S. II
- **Kraftfahrzeuge** S. III
- **Pflastersteine** S. III
- **Blumen** S. III

»Ohne Vertrag der Willkür ausgeliefert« S. II

Im Interview: Monina Wong (Hongkong)

**Jetzt Druck machen** – Bundestag berät neue Vergabeordnung S. III

**Vorbildlich** – Stadt Neuss beschließt Sozialkriterien für Einkauf S. IV

EIN GASTKOMMENTAR VON FRIEDRICH C. BURSCHEL

## Gar nicht geil

Wie heißt es doch so schön: »Und wer bezahlt's? Wir Steuerzahler!« Nehmen wir mal die Pflastersteine, welche die konsumgerechtnormierten Innenstädte dieses Landes zieren: Wer von denen, die sie auf der Pirsch nach Schnäppchenpreisen betreten, käme denn auf die Idee, dass schon dieser Akt ein Verstoß gegen die Menschenrechte von Kindern in indischen Steinbrüchen ist?

Wer wollte an seinem Hochzeitstag von der wenig feierlichen und lästigen Einsicht behelligt werden, dass die Blumen auf dem Tisch des Standesbeamten das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Arbeitsschutz von ArbeiterInnen auf Blumenplantagen in Kolumbien und Kenia missachten?

Vielleicht ist es auch etwas zu viel verlangt, von einem bis auf die Knochen gedemütigten Langzeitarbeitslosen zu verlangen, dass er in dem Computer des Sachbearbeiters in der Agentur für Arbeit ein Symbol für weltweite skrupellose Ausbeutung von Billigarbeitskräften erkennt.

Aber das sind noch lange nicht alle Beispiele, in welchen sich eine ungerechte kapitalistische Weltwirtschaftsordnung zeigt. Es reicht schon, sein Kind in einen städtischen Kindergarten zu bringen und dort das Spielzeug mal genauer unter die Lupe zu nehmen. Fast alle Stofftiere, Kunststoff-Kräne, Spielfiguren, Bälle und Kreisel dürften irgendwo den Aufdruck tragen: »Made in Hongkong«, »Made in Indonesia« oder »Made in China« – auch ohne Englisch-Kenntnisse lässt sich das wie folgt übersetzen: Keine die Existenz sichernden Löhne, uferlose Arbeitszeiten, repressive Arbeitsorganisation, Gesundheitsgefährdung durch Dämpfe und Überarbeitung usw.

Was all diese Produkte gemeinsam haben? Sie werden alle aus den von den Steuerzahlern gefüllten öffentlichen Kassen bezahlt und stehen samt und sonders für unverschämte Bezahlung, menschenverachtende Produktionsmethoden auf dem globalisierten Weltmarkt, für ungerechte Chancenverteilung und Misshandlung von Kindern.

Und das soll alles der nette Kämmerer und unsere liebe Bürgermeisterin mit Zustimmung des Stadtrates erlaubt und abgesegnet haben? Meine Landtagsabgeordnete fällt dem Finanzminister nicht in den Arm, wenn er Schnäppchen zum Menschlichkeits-Dumping erwirbt?

Genau so ist es: und wenn der konsumierende Steuerzahler diesen Zusammenhang partout nicht erkennen will, geht – wie es in dem schönen Greenpeace-Spot im Kino heißt – »die Erde den Bach runter«. Wenn wir aber dem Verkaufsslogan »Geiz ist geil« unser aller Verantwortung entgegensetzen und diese von unseren politischen VertreterInnen einfordern, könnte möglich werden, was viele sich wünschen, und was – alles in allem – unsere einzige Chance ist: eine bessere Welt!

**Einsatz für soziale und ökologische Standards bei Arbeitskleidung**

## Wähle 112: Hilfe, es brennt...



In grell orangefarbenen Anzügen holen die Müllmänner wöchentlich unsere Abfälle. In einheitlich schwarzen Uniformen überreichen uns Bedienstete des Ordnungsamts Strafzettel, in einheitlich blauen oder grünen Uniformen überwachen uns PolizistInnen im Straßenverkehr. Das Design der Berufsbekleidung und die Qualität werden in den unterschiedlichen Ausschreibungen der Öffentlichen Hand sehr genau festgelegt. Den Zuschlag erhält dann der billigste Anbieter. Ob dieser auch grundlegende Arbeitsstandards bei der Produktion berücksichtigt, spielt keine Rolle.

Um dies zu ändern, hat die Kampagne für »Saubere« Kleidung (CCC) das »Fachforum NRW für die Integration von Sozialstandards in öffentlichen Ausschreibungen bei Arbeitsbekleidung« ins Leben gerufen. VertreterInnen von Städten und Gemeinden, der Landesregierung, Arbeitsbekleidungsunternehmen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen treffen sich dort regelmäßig, um Strategien und Erfahrungen auszutauschen, wie sozialverträglich eingekauft werden kann. Dass dies funktioniert, beweist die Feuerwehr in Düsseldorf: Als erste öffentliche Auftraggeberin in Deutschland berücksichtigt sie soziale Kriterien beim Einkauf von Textilien.

Einige europäische NachbarInnen sind weiter.

### »Saubere« Kommune

Auf Druck der internationalen Kampagne der CCC für »Saubere« Kommunen (Clean Clothes Communities Campaign) haben 250 Kommunen in Frankreich eine Resolution angenommen, die die Einhaltung von Arbeitsstandards in Verträgen zur Beschaffung von Bekleidung vorsieht. Dabei werden sogar über die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hinausgehende Standards zugrunde gelegt, die dem Verhaltenskodex der CCC entsprechen, worin u.a. ein existenzsichernder Lohn (living wage) gefordert wird. In einem Fragenkatalog werden ferner Auskünfte über die Kontrolle des Kodex' von den Anbietern verlangt sowie Namen und Adressen der Zulieferer.

In Belgien beschaffen 51 Städte und Gemeinden die Berufsbekleidung ihrer Angestellten nach sozialen und ökologischen Kriterien. Die Anbieter müssen hierzu eine Erklärung unterzeichnen und diese dem Angebot beilegen. Die Niederlande verpflichteten sich bis 2010 die Hälfte der kommunalen Beschaffung sozial verträglich zu gestalten und sogar 100 Prozent der Zentralregierung. In Deutschland stecken derartige Bemühungen noch in den Kinderschuhen. ■

**ArbeiterInnen in der chinesischen Exportindustrie – ein Gespräch mit Monina Wong**

## »Ohne Vertrag der Willkür ausgeliefert«

Monina Wong ist Geschäftsführerin des Labour Action China (LAC) Hongkong. Seit Jahren beobachtet sie die Arbeitsbedingungen in China und beteiligt sich an verschiedenen internationalen Kampagnen wie der Spielzeugkampagne, der Computerkampagne und der Kampagne für »saubere« Kleidung (Clean Clothes Campaign/CCC).

Monina, Ihr habt zahlreiche Fabriken in China untersucht, die Bekleidung, Spielzeug und auch Computer/IT-Produkte für den Weltmarkt fertigen. Wo siehst du die Gemeinsamkeiten in den drei Sektoren?

**Monina Wong:** Alle drei Branchen sind exportorientiert und extrem arbeitsintensiv. Die Mehrzahl der ArbeiterInnen in Südchina sind innerchinesische MigrantInnen, denen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Sie haben keine Möglichkeit sich zu organisieren und gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. Die Exportindustrie ist extrem marktorientiert, dies bedeutet, dass in der Hochsaison bis zu 14 Stunden an sieben Tagen pro Woche gearbeitet wird und dies über mehrere Monate hinweg ohne einen freien Tag. Außer im Computer-Bereich, wo die ArbeiterInnen vielleicht ein bis zwei Tage im Monat frei haben.

Wer das Tagessoll nicht erreicht, muss unbezahlt Überstunden leisten – dies ist in allen drei Branchen gängig. Bei Auftragsrückgang gibt es Kurzarbeit oder fristlose Kündigungen. Viele ArbeiterInnen sind ohne Vertrag beschäftigt und somit schutzlos der Willkür der Vorgesetzten ausgeliefert. Der Druck auf die ArbeiterInnen ist groß: Es ist verboten miteinander zu sprechen, und die Toilette darf nur mit spezieller Erlaubnis aufgesucht werden.

Und wie sehen die gesundheitlichen Belastungen für die ArbeiterInnen aus?

**M. W.:** In allen drei Branchen sind die ArbeiterInnen gesundheitsgefährdenden Stoffen ausgesetzt und ohne Vertrag haben sie meist keine Möglichkeit, im Falle einer Erkrankung behandelt zu werden. Beim Lackieren von Spielzeugen oder bei der Herstellung von Festplatten arbeiten die Beschäftigten meist ohne ausreichende Schutzmaßnahmen mit hochgiftigen Substanzen, wie z.B. Blei. Hautkontakt mit den Stoffen oder eingeatmete Dämpfe können unheilbare Krankheiten wie Krebs oder Schädigungen der Atemorgane verursachen.

Wo und wie leben die ArbeiterInnen?

**M. W.:** Die MigrantInnen leben vorwiegend in fabrikeigenen Unterkünften. Zum einen, weil sie sich keine andere Miete mit ihrem Lohn leisten können, aber auch, weil sie als innerchinesische MigrantInnen kaum eine staatliche Genehmigung erhalten, im städtischen Gebiet zu wohnen. Ihre zivilen Rechte sind stark beschränkt – es handelt sich um BürgerInnen zweiter Klasse.

In den gemeinsamen Schlafunterkünften leben 8 bis 15 ArbeiterInnen in einem Zimmer. Dort, wie auch in den Fabriken, herrschen strenge Regeln. Män-



ner und Frauen leben strikt getrennt. Die ArbeiterInnen werden permanent kontrolliert.

Gab es Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren?

**M. W.:** Ja, die gab es. Die Gesetze der chinesischen Regierung haben sich verbessert, insbesondere für die MigrantInnen. Auch wurde der staatlich festgelegte Mindestlohn erhöht und gewisse minimale Standards festgeschrieben.

In der Guandong-Provinz haben auch die ArbeiterInnen passiv für Veränderungen gesorgt. Es herrscht ein Mangel an Arbeitskräften. Früher zahlten die Fabriken teilweise nur 60 Prozent des Mindestlohns, aber um die ArbeiterInnen zu halten bzw. neue zu werben, können sie sich dies nicht mehr leisten. Der passive Widerstand, indem die ArbeiterInnen kündigten und in andere Fabriken wechselten, hat in der Lohnfrage einiges bewegt.

Auch gab es in einigen Fabriken Verbesserungen, vor allem wenn diese im Fokus von internationalen Kampagnen wie der Kampagne für »Saubere« Kleidung (CCC) im Bekleidungssektor standen. Die Verhaltenskodizes der Konzerne haben zu Schulungen und neuen Management-Techniken in den Fabriken geführt. Auch die Löhne wurden überprüft und es

gibt weniger Unterschreitungen des Mindestlohns. Häufig sind dies aber nur kosmetische Eingriffe und keine fundamentalen Änderungen. So versucht die Fabrikleitung häufig mit Sonderaktivitäten wie Bibliotheken oder Geburtstagsfeiern den Arbeitsplatz attraktiver zu machen und die ArbeiterInnen an die Fabrik binden, grundlegende Änderungen beim Lohn, den Arbeitsrechten und Überstunden gibt es hingegen nicht.

Wie könnte die deutsche Bundesregierung durch ihr Vergaberrecht die Standards verbessern helfen?

**M. W.:** Druck von außen ist sehr wichtig. In die Beschaffungspolitik müssen Arbeitsstandards integriert werden. Dies wirkt auf die Konzerne ein und beeinflusst deren Verhalten. Aber das ist nicht genug: Wenn die deutsche Bundesregierung nur noch dann bei Siemens Computer kauft, wenn diese in »guten« Fabriken produziert wurden – muss dies hier in China von lokalen Basisorganisationen verifiziert werden. Wir brauchen vor Ort nationale Gesetze, um die Rechte der ArbeiterInnen zu schützen und zu verteidigen. Von oben kann z.B. der Druck aus Deutschland kommen und dann noch von unten von den Basisorganisationen hier.

Vielen Dank, Monina, für das Gespräch.

**Wanderarbeiterinnen in Chinas Computerherstellung**

## Unbezahlte Überstunden für den Weltmarkt

Bund, Länder und Kommunen gaben 2006 so viel Geld für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) aus wie nie zuvor. Mit einem Plus von vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr stieg der Umsatz auf 16,6 Milliarden Euro.

Wichtigstes Exportland für IKT – worunter auch Computer fallen – ist heute China, wo im Perflußdelta vor den Toren Hongkongs sowie in der Region Shanghai-Suzhou WanderarbeiterInnen für den globalen Weltmarkt produzieren. So stammt z. B. jedes vierte weltweit verkaufte Notebook aus Shanghai-Suzhou.

Auf meiner China-Reise im Frühjahr 2007 besichtigte ich den taiwanesischen Kontraktfertiger Inventec. Das Unternehmen produziert u.a. auch für den deutsch-japanischen Konzern Fujitsu-Siemens Notebooks. Über 13.600 Beschäftigte arbeiten hier, wovon nach Unternehmensangaben 95

Prozent Wanderarbeiterinnen sind, die entsprechend dem chinesischen System der Haushaltsregistrierung (hukou) über eine Art Gastarbeiterstatus verfügen. Zum Teil werden sie bereits an der Schule in ihrer Heimatprovinz von Inventec angeworben oder aber sie sind, wie insgesamt 80 Prozent, über eine Leiharbeitsfirma eingestellt. Inventec zahlt den jungen Frauen ein Einstiegsgehalt von 800 Yuan (80 Euro), was knapp über dem regionalen Mindestlohn von derzeit 750 Yuan liegt. Dennoch reicht dieses Gehalt nicht aus, um für die Lebenshaltungskosten in einer durch soziale Polarisierung geprägte Stadt wie Shanghai aufzukommen. Aus diesem Grund leben die jungen Frauen in unternehmenseigenen Wohnblöcken in der Nähe der Fabrik. Für die Unterbringung in einem Acht-Bett-Zimmer werden ihnen allerdings noch einmal 90 Yuan (9 Euro) von ihrem Gehalt abgezogen.



Die jungen Frauen verfügen über keine gewerkschaftliche Vertretung. Meine Frage diesbezüglich löste bei der Unternehmensleitung leichte Unsicherheit aus und dann begannen zwei der Anwesenden im ihrem Notebook zu suchen: Etwas Ähnliches hätten sie. Schließlich fanden sie auch den Namen der Organisation: Employee Community, die organisiert Sportveranstaltungen wie Tennis und Tanzen. Auch der Name der für den Gesundheitsschutz zuständigen Einrichtung wusste zunächst keiner der Anwesenden. Meine Irritation steigt

als ich nachfrage, wie denn bei einem angeblichen acht Stunden Tag zwei Schichten ausreichen? Vier weitere Überstunden werden pro Tag gearbeitet. Als Erklärung für die Überstunden wird angefügt, dass die Arbeiterinnen ihnen wegläufen würden, wenn sie keine Überstunden machen könnten. Dies ist im Übrigen eine gängige Argumentation. Lohnerhöhungen sind in dieser Logik nur über Überstunden zu generieren.

SARAH BORMANN  
WWW.PCGLOBAL.ORG

**Stichwort: Spielzeug**

## Horror in der Puppenfabrik

Für mehr als zwei Millionen Kinder in Kindertagesstätten beschafft die Öffentliche Hand Spielzeug. Ungefähr jedes zweite davon stammt aus China. Nach Schätzungen arbeiten in 10.000 chinesischen Spielzeugfabriken ungefähr drei Millionen Menschen, vor allem in der Provinz Guangdong im Süden des Landes.

Produziert wird unter Missachtung grundlegender sozialer Rechte. Betroffen sind vor allem Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren, sie stellen den größten Teil der Belegschaften: Wenn die Produktion auf Hochtouren läuft, sind die Arbeitszeiten extrem lang – 12 bis 13 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche. Gesetzliche Mindestlöhne werden unterschritten, Arbeitsschutzbestimmungen grob verletzt. Mutterschutz gibt es nicht.

All dies verstößt gegen nationale Gesetze und internationale Abkommen. Doch spielt dies beim Einkauf der öffentlichen Hand keine Rolle – außer bei der Stadtmission Nürnberg. Sie legt ihrer Beschaffung die von der Aktion fair spielt erstellte und ständig aktualisierte Firmenliste ([www.fair-spielt.de](http://www.fair-spielt.de)) zugrunde. ■



Menschenverachtung beim DaimlerChrysler-Lieferanten ARNECOM in Nicaragua

## Freie Fahrt für Dumping-Löhne?

Millionenbeträge gibt die Öffentliche Hand für ihren Fuhrpark aus. Busse oder Dienstwagen kommen häufig aus dem Hause DaimlerChrysler. Der Weltkonzern verfolgt eine rigide Anti-Klimaschutz-Politik, auch bezüglich der sozialen Bedingungen liegt vieles im Argen, z.B. in Nicaragua. Daran wird sich wohl auch nach der Trennung von Daimler und Chrysler nichts ändern.

Die Kabelbäume für die teuren Fahrzeuge von DaimlerChrysler werden u.a. beim Zulieferer ARNECOM in Nicaragua produziert. Die Attraktivität des Standortes liegt insbesondere im niedrigen Lohnniveau bei rund 60 Euro pro Monat für FabrikarbeiterInnen.

### Vergiftung zum Mindestlohn

Für die 5.000 ARNECOM-ArbeiterInnen – zu etwa 70 Prozent junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren – sind Arbeitsrechtsverletzungen Alltag. Sie sind giftigen, bleihaltigen Dämpfen aus dem Schmelzkessel schutzlos ausgesetzt. Unter dem Wellblechdach in den nicht klimatisierten Hallen ist es extrem heiß, der Schweiß läuft ununterbrochen. Gelegentlich wird deshalb ein Teil der heißen Beleuchtung ausgeschaltet, was aber zu einer starken Belastung der Augen führt. Niemand darf ohne Erlaubnis die Toiletten aufsuchen.

Die Mehrheit der Beschäftigten muss den ganzen Arbeitstag stehen und darf sich nicht zwischen-

durch setzen. Selbst das Anlehnen führt zu Verwarnungen, die bei Wiederholung zum Gehaltsabzug von zwei Tageslöhnen führen. 35 Cents erhalten die ArbeiterInnen pro Stunde, d.h. weniger als drei Euro pro Tag. Ein menschenwürdiges Leben ist damit nicht möglich.

Nach der zweimonatigen Probezeit müssen sich alle Frauen einem Schwangerschaftstest unterziehen. Falls er positiv ausfällt, werden sie entlassen. Um bei ARNECOM eingestellt zu werden, müssen sich alle Männer und Frauen vor den Personalverantwortlichen ausziehen, um ihren Gesundheitszustand und mögliche Tätowierungen (als Hinweis auf eine Jugendbandenzugehörigkeit) zu überprüfen.

Wegen der Arbeitsrechtsverletzungen und der aggressiv gewerkschaftsfeindlichen Haltung des Unternehmens und der Tatenlosigkeit bzw. Komplizenschaft der Regierung hat das nicaraguanische Menschenrechtszentrum CENIDH eine Klage beim Interamerikanischen Menschenrechts-Gerichtshof eingereicht.

## Steineklopfen für die erste Welt

Verwinkelte Gassen und Sträßchen, romantische Plätze – gerne verwandeln Kommunen ihren historischen Stadtkern in ein Schmuckkästchen. Ein schönes Altstadt-pflaster und eine »saubere« Fußgängerzone gehörenda quasi zum Standard. Und woher kommen die Steine?



Indien: Ohrenbetäubender Lärm hallt von den Felswänden. Der Staub macht das Atmen zur Qual, verklebt die Augen, verstopft die Lungen. Die sengende Hitze im Steinbruch ist kaum auszuhalten. Wer hier arbeitet, leistet Schwerstarbeit.

In Lumpen gekleidet, barfuß und ohne Mundschutz bearbeiten auch Kinder die Steine. Es braucht die Kraft von mehreren, um den 45 Kilogramm schweren Presslufthammer halten und tiefe Sprenglöcher ins Gestein bohren zu können.

### Verletzungen an der Tagesordnung

Kinder, die den ganzen Tag unter diesen Bedingungen arbeiten müssen, haben eine Lebenserwartung von 35 Jahren. Verletzungen durch Abstürze, splitternde Steine oder durch Unfälle bei Sprengungen sind an der Tagesordnung. Der Steinstaub verursacht die Quarzstaublunge, die Lungenbläschen werden zerstört. 150.000 Kinder arbeiten in indischen Steinbrüchen: Kinderarbeit unter ausbeuterischen Bedingun-

gen, die es nach indischen Gesetzen gar nicht geben dürfte.

Berichte über ausbeuterische Bedingungen in der Steinindustrie Indiens haben die Öffentlichkeit in Deutschland in den letzten Jahren aufgeschreckt. Denn Steine aus Indien sind in Deutschland ein gefragtes Gut – ihr niedriger Preis ermöglicht den Erwerb früher unerschwinglicher Sorten und Ausführungen.

In zahlreichen Kommunen wird seit den erschütternden Veröffentlichungen über den Verzicht auf diese Steine und über Alternativen diskutiert – aber auch über die Einführung von sozialen Kriterien im öffentlichen Beschaffungswesen. Folge waren in einigen Kommunen die – unzureichenden – Beschlüsse über den Verzicht auf Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit ([www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de](http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de)).

Andere Kommunen, wie Düsseldorf oder Neuss, gingen in ihren Beschlüssen weiter. Eine Möglichkeit, künftig »saubere« Natursteine aus Indien kaufen zu können, schafft das neue XERTIFIX-Siegel ([www.xertifix.de](http://www.xertifix.de)).



## »Vielen Dank für die Blumen...«

Ob als Geschenk bei Jubiläen, als Tischschmuck im Standsamt und Dekoration bei anderen feierlichen Anlässen – Blumen werden von Stadtverwaltungen und anderen öffentlichen Einrichtungen regelmäßig benötigt.

Insbesondere in den kalten Jahreszeiten sind diese überwiegend auf Importblumen aus den Ländern des Südens angewiesen. Denn dann können die heimischen ProduzentInnen preislich nicht mit der Produktion in Kenia, Simbabwe oder Guatemala konkurrieren.

Für die BlumenproduzentInnen in Guatemala ist Europa ein wichtiger Absatzmarkt: Über 50 Prozent der Produktion gehen in die Niederlande und nach Deutschland. Aktuelle, von der Christlichen Initiative Romero in Auftrag gegebene Untersuchungen zeigen, daß Arbeitsrechte täglich verletzt werden: Gewerkschaftliche Organisation ist de facto verboten, die Be-

schäftigten müssen häufig unbezahlte Überstunden leisten, werden nicht zur Sozialversicherung angemeldet und erhalten entsprechend keine ärztliche Versorgung.

Letzteres ist besonders gravierend, da ein Großteil der Beschäftigten unter gesundheitlichen Problemen leidet. Kopfschmerzen und Nervenprobleme treten bei über 50 Prozent der ArbeiterInnen auf. Ein Zusammenhang zu dem meist täglich stattfindenden Pestizideinsatz ist offensichtlich.

Erst wenige Kommunen haben sich verpflichtet, nur noch importierte Blumen zu beschaffen, die das FLP-Siegel (Flower Label Programm, [www.fairflowers.de](http://www.fairflowers.de)) tragen und damit soziale und ökologische Mindeststandards garantieren.



# Druck auf die Bundesregierung!

Gemeinsam für ein faires Beschaffungswesen!

Die Bundesregierung ist die größte KonsumentIn im Lande und könnte über sozial und ökologisch ausgerichtete Beschaffungsregeln nachhaltige und menschenwürdige Produktions- und Konsummuster anzustoßen. Aber weit gefehlt: Ökologische und sozialen Kriterien werden beim Einkauf des Staates kaum berücksichtigt.

Häufig werden von den Verantwortlichen in Kommunen, Ländern und Bund rechtliche Bedenken gegen eine nachhaltige Beschaffung genannt. Nur das wirtschaftlich günstigste Produkt sei zu kaufen, im Interesse der SteuerzahlerInnen.

Hingegen erlaubt die neue EU-Richtlinie zur öffentlichen Auftragsvergabe ausdrücklich, sozia-

le und ökologische Kriterien bei der Ausschreibung von Gütern und Dienstleistungen zu berücksichtigen. Die Bundesregierung ist von der EU aufgefordert, ihr Vergaberecht zu reformieren, und das Wirtschaftsministerium, ihr Ersatzes vorlage. Doch das CSU-Ministerium weigert sich bislang, die von der EU vorgesehenen Möglichkeiten für eine nachhaltige Beschaffung zu übernehmen oder sie gar verbindlich festzuschreiben.

Damit soziale und ökologische Kriterien bei der Gesetzesreform berücksichtigt werden, baut CorA Druck auf die PolitikerInnen auf. Mit gezielter Lobbyarbeit werden die politischen EntscheidungsträgerInnen für die Bedeutung des

Themas sensibilisiert. Doch handeln die PolitikerInnen erst, wenn Proteste massiv von außen kommen – helfen Sie uns dabei!

Unterstützen Sie CorA bei der aktuellen Protestaktion: Um öffentlich Druck auf die Debatte und die Entscheidung im Bundestag auszuüben, fordern wir die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien Volker Kauder (CDU/CSU) und Peter Struck (SPD) auf, für die Aufnahme von sozialen und ökologischen Kriterien ins deutsche Vergaberecht zu stimmen.

Die Protestkarten an die Fraktionsvorsitzenden können Sie auch in größeren Stückzahlen bei der CIR bestellen (s. Rücks.), um diese möglichst breit zu streuen.

Weder sozial noch demokratisch:



Wenn Näherinnen Chinas Textilfabrik Zwangsarbeit leisten für preiswerte in Deutschland.

Für eine verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung!  
[www.cora-netz.de](http://www.cora-netz.de) | [www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de)

Weder christlich noch demokratisch:



Wenn Frauen in Guatemalas Blumenplantagen vergiften – für Deutschlands schön geschmückte Rednerpulte.

Für eine verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung!  
[www.cora-netz.de](http://www.cora-netz.de) | [www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de)

## HINTERGRUND

CorA Corporate  
Accountability

## Netzwerk für Unternehmens- verantwortung

Im September 2006 schlossen sich 37 Nichtregierungsorganisationen zum Netzwerk für Unternehmensverantwortung CorA (Corporate Accountability) zusammen. Gemeinsam wollen sie die gesellschaftliche Debatte über das wirtschaftliche und politische Handeln transnationaler Unternehmen verstärken und für Corporate Accountability eintreten. Darunter verstehen sie verbindliche Instrumente, mit denen Unternehmen verpflichtet werden, die Menschenrechte sowie internationale anerkannte soziale und ökologische Normen und Standards zu respektieren.

Unsere wichtigsten Forderungen an die Politik sind:

1. Rechenschafts- und Publizitätspflichten für Unternehmen
2. Gesellschaftliche Anforderungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge
3. Verankerung von Unternehmenspflichten in internationalen Wirtschaftsabkommen und bei der Wirtschaftsförderung
4. Gerechte Unternehmensbesteuerung zum Nutzen der Gesellschaft
5. Wirksame Sanktionen und Haftungsregeln für Unternehmen
6. Stärkung der Produktverantwortung und Förderung zukunftsfähiger Konsum- und Produktionsmuster

Informationen unter  
[www.cora-netz.de](http://www.cora-netz.de)

### Mitglieder im Netzwerk CorA:

Attac Deutschland, BanaFair, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Chemical Sensitivity Network, Christliche Initiative Romero (CIR), Coordination gegen BAYER-Gefahren, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Earthlink, Eine Welt Netz NRW, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), FIAN – Deutschland, FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Forschung & Kommunikation für Konsum, Umwelt und Soziales (FoKus), Germanwatch, Global Policy Forum Europe (GPF), Greenpeace Deutschland, Industriegewerkschaft Metall, INKOTA-netzwerk, Kampagne für ›Saubere‹ Kleidung, Kritische AktionärInnen Daimler-Chrysler, LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie, Nord-Süd-Forum München, Oxfam Deutschland, Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN), Solidaritätsfonds Demokratische Medien in der Welt, Stiftung Soziale Gesellschaft – Nachhaltige Entwicklung, SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene, terre des hommes Deutschland, Transparency International Deutschland, urgewald, Die Verbraucher Initiative, Verbraucherzentrale Bundeszentrale (vzbv), Vereinte Dienstleistungsgesellschaft ver.di, Verein zur Hilfe umweltbedingter Erkrankter (VHUE), Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED), Werkstatt Ökonomie, Women in Europe for a Common Future – Deutschland (WECF)

## Impressum

### Herausgeberin / V.i.S.d.P.

Christliche Initiative Romero e.V. (CIR),  
Frauenstr. 3-7, 48143 Münster

Redaktion/Texte: Sandra Dusch Silva (V.i.S.d.P.)

Korrektorat: Friedrich Burschel

Layout: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster

Fotos: CIR-Archiv

Druck: TAZ, Mai 2007



Diese Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union hergestellt. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

## Sendung mit der Maus – Heute zum Thema:

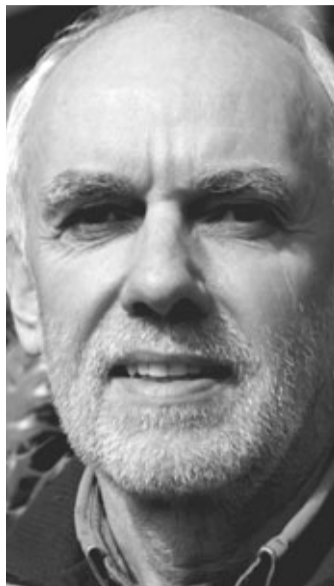
# So wird's gemacht – wie Herr Faruß für Menschenrechte kämpft



Das hier, das ist der Herr Gerd Faruß. Der Herr Faruß kommt aus Neuss, das liegt in Nordrhein-Westfalen, also ganz im Westen.

Der Herr Gerd Faruß wollte, dass mit seinem Steuergeld, also dem Geld, was er Frau Mayer in der Stadt gibt, weltweit besseres Leben möglich ist.

Daher ist er zur Stadt gegangen und hat Frau Mayer gefragt, was sie so mit seinem Geld kauft. Frau Mayer hat sich gewundert. Noch niemand hat sie gefragt, was sie so kauft für die Stadt. Sie erklärt Herrn Faruß, daß sie Kleider, Computer, Autos, Spielzeug und vieles mehr kauft. Wo die Sachen gemacht werden, weiß Frau Mayer nicht.



Das hat Herrn Faruß geärgert. Er weiß, dass die Kleider in Mittelamerika für ganz wenig Geld genäht werden. Davon kann eine Familie nicht leben. Die bekommen in der Woche weniger Geld, als du Taschengeld be-

kommst, das wollte Herr Faruß nicht unterstützen.

Die Computer, die Frau Mayer kauft, werden in Fabriken in China gemacht. Da sind die Frauen den ganzen Tag Giften ausgesetzt – viel schlimmer noch als die Abgase von Autos. Davon werden sie ganz krank und können dann nicht mehr arbeiten, aber Geld kriegen sie keines.

Für den Kindergarten kauft Frau Mayer Puppen aus China. Und die ArbeiterInnen müssen die Puppen ganz schnell fertig machen und dürfen nicht mal Pipi machen. Frau Mayer kann die Puppen hier dann ganz billig kaufen.

Herr Faruß erklärt Frau Mayer, dass er das nicht will. Daher hat er so was ähnliches wie ein Gesetz geschrieben,

das Frau Mayer helfen soll, was zu ändern.

Frau Mayer fand das Gesetz gut und jetzt muß Herr Lösche von Siemens, wenn er Frau Mayer Computer verkaufen will, zeigen, dass seine ArbeiterInnen in China nicht an Vergiftungen sterben. Auch Herr Hainer von adidas muss Frau Mayer zeigen, dass er den Näherinnen genug Geld gibt, wenn sie seine Sportschuhe und seine Bälle nähen. Sonst kauft Frau Mayer dort nicht mehr. Und das wollen Herr Lösche und Herr Hainer nicht, denn Frau Mayer kauft viel und sonst verdienen sie nichts mehr. Das ist schlecht für sie.

Herr Faruß freut sich, dass Frau Mayer in Neuss jetzt nur noch gute und saubere Sachen einkauft. In

Düsseldorf macht das jetzt auch die Frau Schulze. Und bei euch?

Wenn bei euch noch niemand richtig einkauft, dann müßt ihr einfach zum Rathaus gehen und fragen, wo die Sachen gekauft werden. Und den Leuten wie Frau Schulze und Frau Mayer sagen, was sie einkaufen sollen.

Falls die nicht zuhören, müsst ihr noch ein paar Freunde holen – wenn ihr ganz viele seid, dann machen die Politiker richtige Gesetze. Die wollen doch wiedergewählt werden. Im Gesetz muss dann stehen, dass die Konzerne, also der Herr Hainer und der Herr Lösche, nachweisen, dass sie die ArbeiterInnen nicht mehr ausbeuten und die Umwelt nicht mehr zerstören.

## Beschluss der Stadt Neuss

»Die Stadt Neuss fühlt sich seit Jahren der Förderung des fairen Handels besonders verpflichtet und beabsichtigt, die Beachtung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zur Beachtung von Sozialstandards, das Verbot ausbeuterischer Kinderarbeit und die UN-Kinderrechtskonvention noch stärker als bisher im städtischen Beschaffungs- und Vergabewesen zu berücksichtigen.

Im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen der Stadt Neuss für Dienstkleidung / Lederwaren / Stoffe, Spielwaren und Natur- und Pflastersteine finden künftig – sofern verfügbar – nur Produkte Berücksichtigung, die unter Beachtung der ILO-Sozialstandards produziert wurden. Ferner werden keine Produkte eingesetzt, die durch ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden. (...)

Die Firmen, zu denen bisher Lieferbeziehungen bestehen, erhalten für eine Übergangszeit von einem Jahr die Möglichkeit, die Einhaltung der ILO-Sozialstandards und den Ausschluss ausbeuterischer Kinderarbeit gegenüber ihren Zuliefererbetrieben sicherzustellen.

Neben fair gehandeltem Kaffee, Tee und Kakaoprodukten, die die Stadt Neuss bereits seit Jahren ausschließlich aus fairem Handel beschafft, werden ab sofort für den städtischen Eigenbedarf und die Bewirtung in Rats- und Ausschusssitzungen ausschließlich Orangensaft mit dem Fairtrade-Label und für die Schulen ausschließlich Bälle aus fairem Handel beschafft.

Sofern für den städtischen Eigenbedarf Blumen mit Herkunft aus dem Ausland eingesetzt werden, sollen, sofern verfügbar, ausschließlich Blumen mit dem Flower-Label eingesetzt werden.

Die Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Neuss sollen angefragt werden, entsprechend zu verfahren. Die Vertreter der Stadt Neuss in den Aufsichtsräten der städtischen Gesellschaften, Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen wirken darauf hin, dass auch diese die oben genannten Regelungen entsprechend anwenden.

Der Hauptausschuss ist über die Erfahrungen und Ergebnisse bei der o.g. Umstellung des Vergabewesens innerhalb eines Zeitraumes von spätestens 2 Jahren zu unterrichten.

Die Verwaltung prüft in regelmäßigen Abständen, ob sich Anhaltspunkte für die Aufnahme weiterer Produkte oder Produktgruppen ergeben und wird in diesem Fall den Hauptausschuss entsprechend unterrichten.«

DEN VOLLSTÄNDIGEN BESCHLUSS FINDEN SIE UNTER  
[WWW.CI-ROMERO.DE](http://WWW.CI-ROMERO.DE)

..... ausschneiden und abschicken .....

## Bestellschein

Keine Ausbeutung mit Steuergeldern, CorA/CIR-Aktionszeitung zur öffentlichen Beschaffung

Werkmappe: Keine Ausbeutung mit Steuergeldern, Juni 2007, 72 S., Preis 7,00 €

Protestpostkarten: Keine Ausbeutung mit Steuergeldern

Selbstdarstellung CorA

Info-Paket CIR

Werkmappe: »Wir sind keine Maschinen« Globalisierte Bekleidungsproduktion am Beispiel Mittelamerikas, Preis 3,80 €

DVD: Kleider machen Leute, jeweils 10-minütige Fernsehbeiträge, Preis 6,00 €

Alle Preise zzgl. Versandkostenpauschale

Name

Adresse

Bestellungen/Anfragen wegen  
weiterer Materialien an:

Christliche Initiative Romero,  
Frauenstr. 3-7, 48143 Münster,  
Tel.: 02 51/8 95 03, Fax: 02 51/8 25 41,  
E-mail: [cir@ci-romero.de](mailto:cir@ci-romero.de) | [www.ci-romero.de](http://www.ci-romero.de)

